

Der 9. November 1938 in Wunsiedel

Vortrag am 9. November 2008 im evangelischen Gemeindehaus in Wunsiedel

von Dr. Peter Seißer

Gliederung

1. Der 9. November - ein deutscher Schicksalstag des 20. Jahrhunderts
2. Die Vorgeschichte zum 9. November 1938 und die Ereignisse in Deutschland
3. Die Situation in Wunsiedel
4. Das Verhältnis der Wunsiedler NSDAP zu den Kirchen
5. Der Ablauf des 9. Novembers in Wunsiedel
 - Die Verhaftungen Herrmann
 - Bamberger
 - Jäger und Jahreis
 - Stuber
6. Die Vorgänge im Rathaus
7. Das „Nachspiel“ im 3. Reich
8. Der Landfriedensbruch-Prozess 1948 in Hof
9. Schlussbetrachtung

Der 9. November – ein deutscher Schicksalstag des 20. Jahrhunderts

Wenige Tage des Jahres haben im 20. Jahrhundert im Schicksal Deutschlands eine so bedeutende Rolle gespielt wie der 9. November.

Am **9. November 1918** rief Philipp Scheidemann von einem Fenster des Berliner Reichstagsgebäudes die Republik aus. Aus dem deutschen Kaiserreich wurde die erste deutsche Republik. Die demokratischen und republikanischen Kräfte in Deutschland gedachten in den folgenden Jahren an diesem Tag der Gründung der Republik.

Demgegenüber erfanden die antidemokratischen, rückwärtsgewandten Kräfte die Mähr von der Dolchstoßlegende - das unbesiegte deutsche Heer sei von den Verrätern in der Heimat zur Kapitulation gezwungen worden. Die verantwortungsvollen realistischen Demokraten wie Philipp Scheidemann und Friedrich Ebert wurden als „Novemberverbrecher“ beschimpft.

So war der 9. November von Anfang an ein umstrittener Gedenktag.

Am Vorabend des **9. Novembers 1923** stürmte Adolf Hitler, der wie kein anderer die Weimarer Republik bekämpfte, eine Veranstaltung rechtskonservativer Kreise im Münchner Bürgerbräusaal und zwang mit vorgehaltener Pistole das anwesende Führungstrio mit dem bayerischen Generalstaatskommissar Gustav von Kahr an der Spitze sich ihm anzuschließen und mit ihm gemeinsam gegen die verhasste Reichsregierung in Berlin zu marschieren. Da Hitler das von ihnen abverlangte Ehrenwort unter Gewalt erzwungen hatte, fühlten sie sich daran nicht gebunden. Am nächsten Tag, dem 9. November, trat Hitler zusammen mit Ludendorff mit dem Marsch zur Feldherrenhalle die Flucht nach vorne an, um doch noch die Stimmung in München zu kippen. Durch Angehörige der Bayerischen Landespolizei wurde der Marsch gewaltsam beendet. Es kam zu Toten auf beiden Seiten.

In die Geschichte ging dieser Tag als der „Hitler-Putsch“ ein. Er wurde nach der Machtübernahme 1933 durch Adolf Hitler und die Nationalsozialisten als hoher Gedenktag an die „Blutzeugen“ der NS-Bewegung mit Veranstaltungen in ganz Deutschland begangen.

Der 15. Jahrestag des Hitlerputsches, der **9. November 1938**, sollte dann noch eine ganz besondere Bedeutung erhalten, über die noch zu sprechen ist.

Schließlich nutzte der Schreiner Georg Elser die Gedenkveranstaltung im Münchner Bürgerbräusaal am Vorabend zum 9. November 1939 zu einem allerdings missglückten Attentat auf Adolf Hitler.

Auch in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg sollte der 9. November nochmals zu einem historischen Datum werden. Am **9. November 1989** verkündet Egon Krenz im Zentralkomitee der SED in Ostberlin die Ausreisefreiheit von Bürgern der DDR in den Westen. ZK-Sekretär Günter Schabowski legt auf Befragung durch Journalisten vor laufender Fernsehkamera nach, diese Regelung gelte nach seinem Kenntnisstand ab sofort. Damit fällt die 1961 errichtete Berliner Mauer und die Wiedervereinigung Deutschlands wird möglich.

So spiegelt sich im 9. November in ganz besonderer Weise das deutsche Schicksal im 20. Jahrhundert:

Ende der Monarchie, Ausrufung der ersten deutschen Republik, die Gräueltaten der Nazi-Herrschaft und schließlich die Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Vorgeschichte zum 9. November 1938 und die Ereignisse in Deutschland

Der 9. November 1938 markiert den Übergang von der seit 1933 durch die Nazis betriebenen Ausgrenzung und Diskriminierung der deutschen Juden zur systematischen Verfolgung bis zum Holocaust.

Als Vorwand diente die Ermordung des Legationssekretärs an der deutschen Botschaft in Paris, *Ernst von Rath*, am 7. November 1938 durch den erst 17-jährigen *Herschel Grynszpan*. Mit dieser Tat wollte er auf die Abschiebung von etwa 17.000 Juden von Deutschland nach Polen aufmerksam machen, nachdem auch seine Eltern zu den 7.000 Juden im polnischen Flüchtlingslager Zbaszyn gehörten. Von Rath erlag am 9.11.1938 seinen Verletzungen.

Für die Nazi-Führung war diese Tat ein willkommener Anlass, um die bereits in vieler Hinsicht diskriminierten jüdischen Mitbürger ganz aus dem Wirtschaftsleben auszuschließen. Bereits am Abend des 7. Novembers wurde in Kassel

durch Angehörige der SA und der SS die Synagoge und andere jüdische Einrichtungen verwüstet. Ähnliche Aktionen gab es auch in anderen Teilen Kurhessens und in Magdeburg-Anhalt. Um auch die übrigen Bürger zum „Volkszorn“ gegen die Juden anzustacheln, traten die Angehörigen der NS-Verbände in Zivilkleidung auf, ein Verhaltensmuster, das man während der gesamten Aktion im Reichsgebiet beibehielt.

Erst am Morgen des 8. Novembers wurde die deutsche Öffentlichkeit über das Geschehen des Attentats in Paris informiert. Im Leitartikel des Völkischen Beobachters, dem Presseorgan der NSDAP, war vom „Beginn einer neuen deutschen Haltung in der Judenfrage“ zu lesen. Die Parteiführung wollte das Attentat zur völligen Verdrängung der Juden aus dem deutschen Wirtschafts- und Kulturleben nutzen. Am Abend des 8. Novembers brannte in Bad Hersfeld die erste jüdische Synagoge; weitere folgten. Außerdem wurden jüdische Geschäfte und Wohnungen demoliert.

Die Hauptaktionen waren für die Nacht vom 9. zum 10. November geplant. Sie verliefen in der Regel nach dem gleichen Schema. Zunächst wurden NS-Ortsversammlungen einberufen, wobei die Erinnerung an den Hitler-Putsch vor 15 Jahren ein willkommener Anlass war. Bei dieser Veranstaltung wurden durch führende NS-Funktionäre Hetzreden gegen die Juden gehalten, um die Massen entsprechend aufzustacheln. Häufig marschierten die Teilnehmer sofort zu den jüdischen Geschäften, um diese zu demolieren, insbesondere wurden die Schaufenster eingeschlagen, weshalb sich für diesen Abend zunächst der Begriff „**Reichkristallnacht**“ einbürgerte, außerdem verwüstete man die Wohnungen der jüdischen Mitbürger. Schließlich zerstörte oder beschädigte man die Synagogen und jüdische Einrichtungen, wie Schulen und Gemeindehäuser. Teilweise gingen die Versammlungsteilnehmer, wie bereits am 7. November geschehen, zunächst nach Hause um Zivilkleidung anzulegen.

Neben der Vernichtung von enormen Sachwerten wurden zahlreiche jüdische Mitbürger misshandelt. 91 von ihnen fanden den Tod. Neben 7.500 verwüsteten Geschäften waren auch 267 zerstörte Synagogen und Gemeindehäuser die „offizielle“ Bilanz dieser Nacht. Tatsächlich starben aber während der Ausschreitungen oder in unmittelbarer Folge mehr als 1.300 Personen. Auch wurden mindestens 1.400 Synagogen und Gebetshäuser in Deutschland und in

dem inzwischen annektierten Österreich zerstört oder zumindest schwer beschädigt.

Die Situation in Wunsiedel

Einerseits entsprach die Situation in Wunsiedel der im übrigen Gebiet des Deutschen Reiches, andererseits unterschied sie sich aber dadurch, dass hier am 9. November 1938 neben dem offenen Antisemitismus auch die Feindschaft gegen die beiden christlichen Kirchen zu Tage trat und Geistliche sozusagen als „Ersatzjuden“ mit verfolgt wurden.

Anders als in den Reichsritterschaften und in einigen Fürstbistümern konnten sich im Gebiet des Markgraftums Kulmbach/ Bayreuth über Jahrhunderte kaum Juden ansiedeln. Eine Ausnahme bildete hier die Residenzstadt Bayreuth mit ihren „Hofjuden“. Hier entstand 1759 eine neue jüdische Gemeinde. In Hof siedelten sich in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts nach dem Eisenbahnbau zunehmend Juden an, die 1901 eine eigene jüdische Gemeinde bildeten. Zur Hofer jüdischen Gemeinde gehörten auch die wenigen Juden im Gebiet des heutigen Landkreises Wunsiedel. 1927 waren dies in Marktredwitz 13, in Selb 12 und in Wunsiedel 4 erwachsene jüdische Mitbürger.

Der prominenteste Wunsiedler Jude war zweifelsohne der Kaufmann und Fabrikant *Karl Fischer*, der hier ab 1918 eine Berufskleiderfabrik betrieb. 1929 errichtete er an der Hofer Straße den Neubau für eine mechanische Berufskleiderfabrik. Auch in den wirtschaftlichen Krisenzeiten vor 1933 war die Firma ungewöhnlich stabil. Im Jahr 1932 war sie mit 100 Arbeitnehmern der größte Wunsiedler Arbeitgeber, noch vor den Firmen Retsch und Weber und Ott. Karl Fischer genoss in Wunsiedel hohes Ansehen und war voll in das gesellschaftliche Leben integriert.

Der in der Berufskleiderfabrik Fischer beschäftigte jüdische Mitbürger *Berthold Bamberger*, der als Soldat am 1. Weltkrieg teilgenommen hatte, wohnte in der Nähe seines Arbeitsplatzes in der Hofer Straße.

Schließlich lebte in der Bibersbacher Straße noch *Leopold Herrmann*, dessen Ehefrau Anna, die ebenso wie ihre vier gemeinsamen Kinder, evangelisch getauft war. Als Jude verlor Leopold Herrmann 1933 seine Stellung als Buchhalter.

Diese wenigen jüdischen Mitbürger waren in Wunsiedel ebenfalls den in der NS-Zeit üblichen Schikanen und Diskriminierungen ausgesetzt. Dies begann für die Kinder der Eheleute Fischer und Herrmann in der Schule und endete 1939 mit dem von der Stadt Wunsiedel beantragten „Judenbann“, der es Juden ganzjährig verbot, das Fichtelgebirgsmuseum, die Städtischen Bäder, Sportplätze, Kinos, Gaststätten und Cafés zu besuchen. Gleiches galt für die Zeit vom 1. Mai bis 30. September für das Festspielgelände der Luisenburg und für das Felsenlabyrinth.

Karl Fischer sah das heraufziehende Unheil. Nachdem er damals nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaß, setzte er sich Anfang Oktober 1938 zusammen mit seiner Familie nach Prag ab. Nach der Besetzung der restlichen Tschechoslowakei durch deutsche Truppen konnte er sich zusammen mit seinen Kindern Ruth und Kurt nach Palästina in Sicherheit bringen. Dagegen wurde seine Frau Else von den Deutschen geschnappt und in das Konzentrationslager Auschwitz verbracht, wo sie später ermordet wurde.

So verblieben in Wunsiedel als Juden nur der alleinstehende Berthold Bamberger und Leopold Herrmann. Offensichtlich waren diese zwei Personen der Wunsiedler NS-Führung zu wenig, um ihre Macht auszuspielen. Deshalb besann man sich, dass auch mit einigen der Wunsiedler Pfarrer noch eine Rechnung zu begleichen war. Zwar haben die späteren gerichtlichen Überprüfungen nicht mit letzter Sicherheit den Nachweis erbracht, dass die Einbeziehung der Pfarrer von Anfang an Teil des Planes für die Nacht des 9. November war, sehr vieles spricht aber dafür. Daneben hat wohl auch der Plan bestanden, den ebenfalls unliebsamen Schönbrunner Pfarrer *Ruckdaeschel* zu verhaften.

Das Verhältnis der Wunsiedler NSDAP zu den Kirchen

Woher kam dieses schlechte Verhältnis zu den beiden großen christlichen Kirchen, das zu einer im gesamten Reichsgebiet am 9. November einmaligen Aktion führte?

Es kann hier nicht der Ort sein, diese Spannungen im Einzelnen aufzuzeigen. Zum Vorverständnis sind aber einige Ausführungen erforderlich. Die Jahrhunderte lange Verbindung von Thron und Altar hatte vor allem die evangelische Pfarrerschaft geprägt. Für viele von ihnen brach 1918 mit dem Ende der Mo-

narchie, der Revolution, der Ausrufung der Republik, der Niederlage im 1. Weltkrieg und den harten Bedingungen des Versailler Vertrages eine Welt zusammen.

Ein typisches Kind seiner Zeit war der 1922 nach Wunsiedel versetzte Dekan *Adolf Jäger*, der bereits in seiner Reichenhaller Zeit 1919 dem „Bund Oberland“, einer nationalistischen Vereinigung, die später zeitweise verboten wurde, beigetreten war. Wie Jäger später aussagte, hatte er im Unterschied zu vielen anderen Zeitgenossen Hitlers Buch „Mein Kampf“ gelesen und damit eine klare Abgrenzung zur Ideologie der Nationalsozialisten gefunden. Schon aus theologischen Gründen lehnte er den Antisemitismus, als einem Hauptbestandteil der NS-Ideologie, ab.

1927 trat Dekan Adolf Jäger dem Christlichen Volksdienst (CVD) bei, einer bewusst evangelischen bürgerlichen Partei, die die Demokratie und die Republik bejahte. Für diese Partei, die auf überörtlicher Ebene immer eine Splittergruppe blieb, wurde Jäger 1929 in den Wunsiedler Bezirkstag, dem Vorläufer des heutigen Kreistages, gewählt.

Auffällig ist, dass in der Zeit der Weimarer Republik sich die Pfarrerschaft sehr stark parteipolitisch betätigte, die evangelischen Pfarrer überwiegend im Bereich der rechten und rechtsextremen Parteien.

Demgegenüber war das Weltbild in der katholischen Kirche geordnet. Hier unterstützte man in Bayern die Bayerische Volkspartei - BVP- und im übrigen Reichsgebiet das Zentrum. Dies zeigt auch das Wahlverhalten in rein katholischen Gebieten. Nachdem in Wunsiedel Katholiken in größerem Maße erst nach der Industrialisierung in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts zuzogen, bestand hier diese starke Bindung an die katholische Kirche und an die Bayerische Volkspartei nicht. Der seit 1910 in Wunsiedel tätige Stadtpfarrer und spätere Geistliche Rat *Johann Baptist Stuber* saß für die BVP ab 1929 ebenfalls im Wunsiedler Bezirkstag.

Vor der Machtübernahme Hitlers ging die katholische Kirche auf große Distanz zu den Nationalsozialisten. So war ihre Teilnahme an gottesdienstlichen Veranstaltungen in geschlossenen Kolonnen mit Uniform und Fahne verboten. Stadtpfarrer Stuber ließ nicht zu, dass nach dem Trauergottesdienst für ein ver-

storbenes NSDAP-Mitglied die Hackenkreuzfahne im Trauerzug von der katholischen Kirche zum Friedhof mitgeführt werden durfte.

Während die neuen NS-Machthaber nach dem 30. Januar 1933 anfangs versuchten, ein Mit- oder zumindest ein Nebeneinander mit der katholischen Kirche zu erreichen, weshalb z. B. der Platz vor der katholischen Kirche den Namen Senestrey-Platz erhielt, bahnten sich die Konflikte mit der evang. Kirche, insbesondere mit Dekan Jäger, sehr früh an. Erster Anlass war die Nichtbeflaggung des Dekanatsgebäudes am 21. März 1933, dem „Tag von Potsdam“.

Bei der Neuwahl des evangelischen Kirchenvorstands am 23. Juli 1933 gab es zwei Listen: die vom Pfarramt unterstützte Liste A „Evangelische Christen“ und die Liste B „Deutsche Christen“, für die die NSDAP-Ortsgruppe warb. Es sei die Pflicht jedes evangelischen Nationalsozialisten, diese zu wählen, so ein Wahlauftrag der NSDAP. Schließlich errang die Liste der „Evangelischen Christen“ mit 7 zu 5 Sitzen die Mehrheit im Kirchenvorstand.

Ab Spätherbst 1933 begann die Überwachung der Predigten durch die Nazis. Dem Spitzel konnte es dabei auch passieren, dass er statt der Kollekte für die „Jugend“ die für die „Juden“ vermerkte. Bei der Absetzung des evang. Landesbischofs Hans Meiser im Jahr 1934 stand die Wunsiedler Pfarrerschaft geschlossen hinter ihrem Bischof. Sie gehörten zur Gruppe der Bekenntnispfarrer.

Mit dem Verbot der kirchlichen Vereine und der Überführung der kirchlichen Jugendarbeit in die HJ entstanden weitere Konfliktfelder mit den beiden großen Kirchen. Gleiches gilt für die Abschaffung der Bekenntnisschulen und die Beeinträchtigung des Religionsunterrichtes. Auch im sozialen Bereich sollte ein NS-Monopol aufgebaut werden. So übernahmen im August 1938 die „Braunen Schwestern“ den Kindergarten in der Wiesenmühle (heute Jugendzentrum) von den Augsburger Diakonissen.

Die Spannungen mit der evangelischen Kirche eskalierten im Dezember 1937 mit der Entscheidung des Wunsiedler Stadtrats als Verwalter der Sigmund-Wann-Stiftung, der evangelischen Kirche die Nutzung der Hospitalkirche zu entziehen und diese den Deutschen Christen zu übertragen. Die drei evangelischen Pfarrer wurden als „besonders extreme Vertreter der bekennenden Kirche bezeichnet, die keine Predigt vorübergehen lassen, ohne in schärfster Weise gegen Partei und Staat Stellung zu nehmen, so dass die Parteistellen es nicht

mehr „erträglich gefunden haben, dass derartige Predigen dargeboten werden“. Proteste der evang.-luth. Kirche halfen nichts, so dass die Mittwochabendgottesdienste in das Gemeindehaus verlegt werden mussten. Später wurde durch die Stadt Wunsiedel auch die Nutzung der Kirchenruine auf dem Katharinenberg für Gottesdienste verboten.

Schließlich wurde noch behauptet, Dekan Jäger habe am 10. April 1938 bei der Abstimmung über den Anschluss Österreichs mit Nein gestimmt, was er mit einer eidesstattlichen Erklärung verneinte. Für den für die damalige Zeit ungewöhnlich hohen Anteil von 52 Nein-Stimmen bei dieser Abstimmung verdächtigte man vor allem auch die katholische Kirche in Wunsiedel.

Dieser Einschub war nötig, um die Ereignisse des 9. November 1938 in Wunsiedel zu verstehen.

Der Ablauf des 9. Novembers 1938 in Wunsiedel

Hauptdrahtzieher der Ereignisse Wunsiedler Ereignisse war zweifellos der NSDAP-Ortsgruppenleiter *Johann Wabel*, Steueroberinspektor beim Wunsiedler Finanzamt, Mitglied der NSDAP seit 1923 und seit 10. Januar 1933 Ortsgruppenleiter. Zusätzlich gehörte er seit dem 22. April 1933 dem Stadtrat an, den er seitdem maßgeblich beherrschte.

Um bei der jährlichen Gedenkveranstaltung zum 9. November sicher zu gehen, dass genügend Teilnehmer anwesend waren, hatte der Ortsgruppenleiter eingeführt, dass sich die Parteigliederungen, die Betriebsführer und die Amtsvorstände mit ihren Gefolgschaften am Parteihaus in der Realschulstraße, der heutigen Burggraf-Friedrich-Straße, sammelten. Dadurch war auch eine Kontrolle der Teilnehmer leichter möglich.

Auch am Abend des 9. November traf man sich, in der Regel in Uniform, dort. Vor dem Marsch zum Sonnensaal unterrichtete Wabel einige Gliederungsführer in der Geschäftsstelle der NSDAP-Ortsgruppe, dass infolge der Ermordung des Gesandtschaftsrates von Rath Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden zu erwarten seien. Auf die Rückfrage des SA-Führers nach Verhaltensmaßnahmen erklärte Wabel: „Die Juden sind auf alle Fälle lebend auf die Wache (der Stadtpolizei im Rathaus) zu bringen.“ Er ordnete an, die Aktion in Zivil durchzuführen.

ren, um , wie es wörtlich hieß, „Parteigenossen nicht bloß zu stellen“. Ob ein Vorgehen gegen die Wunsiedler Geistlichen ebenfalls angesprochen wurde, kann nicht geklärt werden, vieles spricht aber dafür.

Die Versammlungsteilnehmer marschierten dann durch die Theresienstraße, über den Marktplatz, durch die Maximilianstraße und die Karl-Sand-Straße zum Sonnensaal (heute Standort der Hauptstelle der Wunsiedler Sparkasse). Verschiedene Teilnehmer äußerten laut ihren Unmut darüber, dass im evangelischen Gemeindehaus Licht brannte. Man meinte darin eine erneute Provokation durch eine kirchliche Gegenveranstaltung zur NS-Kundgebung zu sehen. Tatsächlich fand im Gemeindehaus nur der übliche Wochengottesdienst am Mittwochabend statt, der seit dem Verbot durch die Stadt Wunsiedel nicht mehr in der Spitalkirche stattfinden durfte. Dabei fiel auch die Aussage: „Die erhalten heute noch ihre passende Antwort“, was für die Planung einer Aktion auch gegen die Geistlichen spricht.

Bei der Veranstaltung im Sonnensaal hielt der Ortgruppenleiter Wabel das Hauptreferat. Nach den üblichen Worten zum Gedächtnis der Toten der „Bewegung“ ging er auf die Ermordung des Legationssekretärs von Rath, einem neuen „Blutzeugen“, ein. Es folgten scharfe Angriffe gegen die Juden, denen er für diese Tat eine Kollektivschuld zuwies. Er sprach von den zu erwartenden Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden, wobei er die alttestamentarische Aussage zitierte: „Auge um Auge, Zahn um Zahn.“

Schließlich griff Wabel auch die Geistlichen in scharfer Weise an. Er bezeichnete sie u.a. als „Staatsfeinde“ und als „Steigbügelhalter des Judentums“. Durch diese Rede sollten die Erregung der Anwesenden gesteigert und für die Ausschreitungen geneigter gemacht werden.

Nach Beendigung der Veranstaltung zwischen 21.00 und 21.30 Uhr gab es noch eine kurze Besprechung mit verschiedenen Gliederungsführern, bei der die Rolle der Anführer bei den Festnahmeaktionen besprochen wurde. Außerdem wurde der Befehl zum Umziehen und zum Treffen an der Güterhalle des Wunsiedler Güterbahnhofes erteilt.

Soweit Teilnehmer der Versammlung Parteiuniformen trugen, zogen sie sich zuhause um. Die meisten zogen „Räuberzivil“ an, einige verkleideten sich, trugen Schlapphüte oder Gesichtsmasken. Gegen 22.00 Uhr erschienen etwa 300

Personen in der „ Straße am Bahnhof“ vor der Güterhalle (heute Busbahnhof). Weitere Außenstehende gesellten sich dazu. Die Anwesenden wurden aufgefordert, Schottersteine vom Bahnkörper aufzuheben und mitzunehmen. Dies geschah gegen 22.00 Uhr. Die Menge teilte sich in 2 Gruppen. Der eine Teil bewegte sich zur Bibersbacher Straße, um hier den Juden Leopold Herrmann abzuholen. Die andere Gruppe zog in Richtung Hofer Straße zur Wohnung des Juden Berthold Bamberger.

Die Verhaftung Herrmann

Vor dem Anwesen Herrmann in der Bibersbacher Straße versammelten sich mindestens 30 Personen. Die Menge brach in Schmährufe und Bedrohungen aus , wie: „Hängt ihn auf! Steinigt ihn!“ Zu der aufgebrachten Menge stieß der seit der Pensionierung des 1. Bürgermeisters *Heinrich Schippel* zum 1. Oktober 1938 amtierende ehrenamtliche 2. Bürgermeister *Dr. Gottfried Drescher* zusammen mit dem diensttuenden uniformierten Beamten der Stadtpolizei. Dr. Drescher, der in Wunsiedel eine Zahnarztpraxis führte, hatte zunächst in Parteiuniform an der Versammlung im Sonnensaal teilgenommen. Er will erst auf dem Nachhauseweg von der geplanten Verhaftung der Juden erfahren haben. Nachdem er sich umgezogen hatte, ging er mit dem Stadtpolizisten und anderen Begleitern zum Wohnhaus von Leopold Herrmann, um diesen festzunehmen. Nach seinen späteren Angaben geschah dies, um ihn vor der SA zu schützen.

Auf den Ruf des Stadtpolizisten: „Polizei“ wurde das Haus geöffnet. Sie gingen in das Haus und eine große Anzahl von Menschen folgte ihnen. Herrmann wurde in der Küche angetroffen. Bürgermeister Dr. Drescher erklärte ihm, er müsse ihn zu seiner eigenen Sicherheit in Schutzhaft nehmen. Der Polizeibeamte machte ihn noch auf die Folgen eines Fluchtversuches aufmerksam. Als die nichtjüdische Ehefrau Anna Herrmann in die Küche kam, sagte Dr. Drescher zu ihr: „Gehen Sie raus, Sie Volksverräterin!“ Einer der mit in die Wohnung eingedrungenen Personen gab Dr. Drescher eine Schnur, die er an Leopold Herrmann mit den Worten weitergab: „Damit können Sie sich in Ihrer Zelle aufhängen!“

Dann wurde Herrmann im Polizeigriff abgeführt und durch die Schmährufe ausstoßende Menge zum Rathaus verbracht. Kurz nach Verlassen seines Wohnhauses wurde ihm die Brille heruntergerissen. Auch erhielt er auf dem Weg einen Fußtritt auf das Gesäß. Weitere Misshandlungen erhielt er nicht. Dr. Drescher begleitete den Zug bis zur Polizeiwache im Rathaus, wo er noch verblieb.

Die Verhaftung Bamberger

Die Truppe, die Berthold Bamberger verhaften sollte, begab sich geschlossen zu dessen Wohnung, ohne ihn dort anzutreffen. Man vermutete, ihn in der nahe gelegenen Wirtschaft „Feldschlösschen“ (heute Wohnhaus Engel) zu finden, wo er regelmäßig verkehrte. Bamberger war noch rechtzeitig gewarnt worden und hatte sich etwa 100 Meter unterhalb des Wirtshauses hinter einem Baum versteckt. Dort wurde er entdeckt und festgenommen. Von der Menge umringt wurde er unter ständigen Stößen und Schlägen in raschem Tempo zur Stadt geführt. Berthold Bamberger, der gehbehindert war, brach unterwegs zusammen. Dabei rief er: „Was habe ich Euch getan?“ Man antwortete ihm: „Halt das Maul, du Judenschwein!“ Er erhielt Schläge ins Gesicht; auch wurde ihm mit einer brennenden Zigarre die Kopfhaut verbrannt. Unter ständigen Schlägen und Stößen und wiederholten Schmährufen wurde er im Gesicht blutend und völlig erschöpft auf die Polizeiwache im Rathaus gebracht.

Die Verhaftung der evangelischen Pfarrer Jäger und Jahreis

Vor dem Rathaus befand sich auf dem Marktplatz eine dicht gedrängte Menschenmenge, die in Schmährufe gegen die Juden ausbrach. So wurde der Ruf laut: „Hängt sie doch auf, die Juden!“ Plötzlich wurde aus der Menge gerufen: „Nun holen wir auch die Schwarzen, die Pfaffen, die Judenknechte und Volksverräter!“

Auf diese Aufforderung hin begab sich ein großer Teil der vor dem Rathaus stehenden Menschen zum Gebäude des evangelischen Dekanats, in dessen westlichen Hälfte Dekan Jäger mit seiner Familie und in der östlichen, dem 3.

Pfarrhaus, Pfarrer *Friedrich Jahreis* wohnte. Gegen 22.30 Uhr traf die aus etwa 120 Personen bestehende Menschenmenge mit lautem Gebrüll dort ein. Insbesondere war der Ruf zu hören: „Saupfaffen! Raus, Volksverräter raus! Hängt sie auf die Judenknechte!“ Rein „zufällig“ brannte an diesem Abend die Straßenbeleuchtung vor dem Dekanatsgebäude nicht, so dass die Täter im Dunkeln agieren konnten. Die bereits zu Beginn der Aktion eingesammelten Steine taten jetzt ihren Dienst: sämtliche Fensterscheiben im Erdgeschoß des Dekanatsgebäudes wurden zertrümmert. Dekan Jäger, der in seinem Wohnzimmer saß, wurde durch einen Steinwurf aufgeschreckt und trat in den Hausflur. Dorthin waren bereits die ersten Eindringlinge durch die nicht verschlossene Haustüre vorgedrungen.

Diese stürzten sich auf ihn, packten ihn und zogen ihn auf die Straße hinaus. Dann schleppten sie ihn, so wie er war, ohne Kragen, ohne Jacke und nur mit einer Hose und einer Strickweste bekleidet und in Strümpfen unter ständigen Schmähungen und unaufhörlichen Schlägen auf die Polizeiwache. Die Brille, die er in der Hand gehalten hatte, wurde ihm aus der Hand gerissen; dabei wurden die Brillengläser zertrümmert.

Gleichzeitig hatte sich ein Teil der Menge vor dem Dekanat dem 3. Pfarrhaus zugewandt, in dem Pfarrer Jahreis wohnte. Auch hier wurden zunächst Schmährufe ausgestoßen: „Volksverräter, Judenhund, Judenknecht, Lump!“ Nachdem die Haustüre des 3. Pfarrhauses bereits verschlossen war, warf sich eine Gruppe von Männern mit ihrem Körpergewicht unter „Hau Ruck“-Rufen gegen die Tür, bis sie aufgesprengt war. Dazu ertönten Rufe, wie „Das Schwein muss raus!“, „Der Lump geht uns durch!“

Während des Tumultes vor seiner Haustüre hatte sich Pfarrer Jahreis mit seiner Frau in das Zimmer seines Privatvikars *Wilhelm Maisel* im Obergeschoss des Hauses geflüchtet. Pfarrer Jahreis musste einen Privatvikar anstellen, weil ihm verboten worden war, Religionsunterricht zu erteilen und Seelsorgebesuche im städtischen Krankenhaus in Wunsiedel zu machen. Vikar Maisel war durch den Lärm aufgewacht und trat ans Fenster. Als er sich dort sehen ließ, flogen Steine durch die Fenster. Die Menge drang inzwischen in das Pfarrhaus und durchsuchte zunächst das Erdgeschoss nach Pfarrer Jahreis. Dann drangen sie ins 1. Obergeschoss vor, wo sich ihnen Vikar Maisel in den Weg stellte. Er wurde mit dem Ruf: „Dich wollen wir nicht, sondern den da hinten!“ beiseite gestoßen

und Pfarrer Jahreis ergriffen. Man stieß ihn mit Hausschuhen und Pullover bekleidet die Treppe hinunter und auf die Straße. Unter heftigen Schlägen wurde er auf die Polizeiwache im Rathaus gezerrt. Unterwegs schrie man ihm zu: „Aufhängen sollte man Dich!“ „Und Ihr kommt doch in Abrahams Schoss!“. Jahreis erhielt auch einen Fußtritt ins Gesäß.

Die Verhaftung des katholischen Stadtpfarrers Stuber

Nachdem die beiden evangelischen Geistlichen in die Polizeiwache verbracht waren, riefen einige aus der vor dem Rathaus stehenden Menge: „Jetzt holen wir auch den katholischen Pfarrer!“ Daraufhin stürmte die Menge, meist Jugendliche, gegen 22.45 Uhr zum katholischen Pfarrhaus. Hier wiederholte sich der Vorgang wie bei den evangelischen Pfarrhäusern. Zuerst wurden die Fensterscheiben mit Steinen eingeworfen und Schmährufe ertönten. Als es ruhiger wurde, rief der Lehrer und NS-Schulungsleiter *Friedrich Würffel*: „Ihr müsst besser schreien, die Stimmung flaut ab.“

Dann wurden die Haustüre und auch die Innentüren aufgebrochen. Pfarrer Stuber wurde gezwungen sich anzukleiden. Dabei erhielt er mindestens einen Schlag mit einem harten Gegenstand. Auf dem Weg zur Polizeiwache wurde er mit Schlägen auf den Kopf, in den Nacken und auf den Rücken bearbeitet. Er wurde mit Stiefeln in die Gesäßgegend getreten. Man riss ihm den Kragen vom Hals. Rufe, wie „Nieder mit dem Judenknecht!“ ertönten. „Schlagt ihn nieder, den Hund! Lasst ihn die Himmelfahrt antreten! Aufgehängt wirst Du. Drunten am Marktplatz hängen schon einige. Du findest schon noch Gesellschaft. Morgen läuft in Wunsiedel kein Jude und kein Pfaffe mehr herum. Ihr gehört alle aufgehängt!“ Völlig erschöpft wurde Geistlicher Rat Stuber in die Polizeiwache hineingestoßen. Draußen ertönte es: „Nun sind sie drin beim auserwählten Volk, hängt sie auf, gebt die Pfarrer heraus!“

Im katholischen Pfarrhof warteten zwei HJ-Angehörige auf Kaplan Karl Günther, um ihn zu verhaften. Als er von einer Dekanatskonferenz aus Marktrechwitz zurückkam, unterblieb dies, da inzwischen die Aktion abgeblasen war.

Die Vorgänge im Rathaus

Bereits nachdem Leopold Herrmann auf die Polizeiwache verbracht war, traf auch der Ortsgruppenleiter Wabel dort ein. Es kam zu heftigen Vorwürfen gegenüber den beiden verhafteten Juden. Wabel geriet in einen Wortwechsel mit Bamberger und Herrmann, in dessen Verlauf er beide als „Saujuden“ beschimpfte. Außerdem fuhr er sie an: „Ihr seid keine Deutschen, Ihr seid Judenschweine!“ Dr. Drescher sagte zu Leo Herrmann: „So, jetzt haben wir ihre Bastarde da, jetzt kann diese die Stadt ernähren.“

Nach dem Eintreffen der Geistlichen Jäger und Jahreis wurden die beiden Juden zunächst in das Nebenzimmer geschickt. Später wurden sie durch den Hinterausgang des Rathauses in das Amtsgerichtsgefängnis verbracht. Wer dazu den Befehl erteilt hatte, der amtierende Bürgermeister oder der Ortsgruppenleiter, wurde abschließend nicht geklärt.

Mit Dekan Jäger und Pfarrer Jahreis entwickelte sich ebenfalls ein lautstarker Disput. Die beiden Geistlichen protestierten heftig gegen ihre Behandlung. Wabel erklärte ihnen, dass sie sich dies selbst zuzuschreiben hätten. Er ließ sich außerdem zu der Aussage hinreißen: „Diese geistliche Tschechei hier an der Grenze rotten wir aus.“ Er warf Dekan Jäger vor, dass zeitgleich mit der NS-Feierstunde ein Gottesdienst stattfand. Auch kritisierte er die Predigten, in denen die Juden als Gottesvolk bezeichnet wurden. Er beschwerte sich, dass evangelische Geistliche die NSDAP-Fahnen auf dem kirchlichen Friedhof nicht grüßen würden. Ferner brachte er die angebliche Nein-Stimme von Dekan Jäger bei der Abstimmung am 10. April 1938 vor. Gesprächsgegenstand war auch die sonntägliche Fürbitte für Pastor Martin Niemöller, der am 3. März 1938 unerwartet ins KZ Sachsenhausen überführt worden war und für den der Landeskirchenrat am 29. März 1938 eine sonntägliche Fürbitte angeordnet hatte („für den Diener Deines Wortes, den wir in besonderer Bedrängnis wissen“).

Mit dem Eintreffen von Stadtpfarrer Stuber kamen gegen 23.00 Uhr Pfarrer Albrecht Köberlin und Vikar Maisel in die Polizeiwache im Rathaus, um ihre beiden Kollegen zu unterstützen. Maisel hatte zuvor den ebenfalls gefährdeten Schönbrunner Pfarrer Ruckdaeschel verständigt. Außerdem hatte er den Bayreuther Kreisdekan Oberkirchenrat Bezzel in Kenntnis gesetzt.

Da die fast 400-köpfige Volksmenge vor dem Rathaus die Auslieferung der Pfarrer forderte, war die Lage äußerst dramatisch. Pfarrer Köberlin drängte den Ortgruppenleiter zum Handeln, der offensichtlich von den Ereignissen überrascht und überfordert war. Wohl aus Verlegenheit rief er den Vorstand des Wunsiedler Bezirksamtes, Oberregierungsrat Konrad Frank, an. Frank erließ entgegen den Wünschen des Ortsgruppenleiters weder für die festgenommenen Juden noch für die drei Geistlichen einen Schutzhaftbefehl, eine Kompetenz die nur ihm zustand. Im Gegenteil riet er sogar zur sofortigen Freilassung. Kurz danach traf Regierungsrat Karl Guggemos vom Bezirksamt Wunsiedel zusammen mit Beamten der Gendarmerie im Rathaus ein. Er bestätigte das Fehlen einer Rechtsgrundlage für die Verhaftungen.

Wabel musste nun selbst die tobende Menge mit einer kurzen Ansprache auf dem Marktplatz besänftigen und nach Hause schicken. Die drei Geistlichen, Dekan Jäger, Pfarrer Jahreis und Geistlicher Rat Stuber, konnten gegen 24.00Uhr ebenfalls nach Hause gehen, bzw. wurden auf dem Heimweg begleitet. Der vom Ortgruppenleiter angebotene SA-Schutz für die Pfarrhäuser wurde abgelehnt, weil man seitens der Geistlichen die Täter nicht in der Funktion als Hilfspolizisten sehen wollte.

Das „Nachspiel“ im 3. Reich

Die beiden Juden Bamberger und Herrmann wurden im Wunsiedler Amtsgerichtsgefängnis korrekt behandelt. Schon bei der Einlieferung nahm man Leonhard Herrmann den Strick ab, den ihm Dr. Drescher bei seiner Verhaftung gegeben hatte. Am nächsten Tag wurde für beide Juden durch das zuständige Bezirksamt Wunsiedel ein Schutzhaftbefehl erstellt. Bamberger verblieb bis zum 17. Dezember 1938 im Wunsiedler Gefängnis. Er verzog dann zu Verwandten nach Kronach. Hier verliert sich seine Spur. Ob er die bei seiner Verhaftung geäußerte Absicht, nach Amerika auswandern zu wollen, verwirklichen konnte, ist nicht bekannt.

Leopold Herrmann wurde am 18. Dezember 1938 vom Gefängnis in Wunsiedel in das Konzentrationslager Dachau überführt, wo er bis zum 24. April 1939 verblieb. Anschließend wurde er zu einem jüdischen Arbeitskommando in Nürn-

berg abgeordnet. Hier überlebte er den Krieg. Nach der Befreiung kehrte er 1945 zu seiner Familie in Wunsiedel zurück.

Dekan Adolf Jäger gab sich am 10.11. in die Behandlung des Wunsiedler Amtsarztes, der ihm auch die erlittenen Verletzungen bescheinigt. Offensichtlich sah Jäger im amtierenden Bürgermeister Dr. Drescher den Drahtzieher der Aktion. Als sein Sohn Gerhard Jäger am 12. und 13. November in Wunsiedel weilte und von den Geschehnissen erfuhr, ließ er durch Vikar Wilhelm Maisel Dr. Drescher eine Forderung auf ein Pistolenduell überbringen. Beide hatten in Erlangen schlagenden Verbindungen angehört. Nachdem die Pistolenforderung für unzulässig erklärt wurde, übersandte Gerhard Jäger dem amtierenden Bürgermeister eine Säbelforderung. Letzterer erstattete daraufhin Strafanzeige. Die Angelegenheit wurde schließlich im Mai 1939 eingestellt.

Bereits am 10. November hatte Bürgermeister Dr. Drescher vom Landeskirchenrat die Versetzung der Geistlichen Jäger und Jahreis gefordert, weil, wie er schrieb, sie sich „außerhalb der Volksgemeinschaft bewegen“. Nur so könnten die Spannungen und Reibereien zwischen den Geistlichen und der Wunsiedler Bevölkerung beseitigt werden. Auch könne die Stadt für die künftige Sicherheit der Geistlichen keine Verantwortung mehr übernehmen. Diesem Ansuchen gab der Landeskirchenrat nicht statt. Stattdessen erstattete er am 26.11.1938 Anzeige wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Landfriedensbruch.

Wohl am 11.11., das genaue Datum ist nicht mehr ermittelbar, rief der amtierende Bürgermeister alle städtischen Mitarbeiter zu einem „Gefolgschaftsapell“ im Rathaus zusammen. Dabei forderte er die Anwesenden auf zusammen mit ihren Angehörigen nicht mehr in die Kirche zu gehen, „damit den Schweinhunden ihre Buden leer werden.“ Wenige Tage später meldete sich Stadtspektor Georg Fischer beim Bürgermeister. Dr. Dreschers Forderung mache ihm die Arbeit bei der Stadt unmöglich, er könne den Befehl, nicht mehr zur Kirche zu gehen, nicht befolgen. Dr. Drescher schränkte ein, Fischer möge dann wenigstens nicht die Gottesdienste von Dekan Jäger und Pfarrer Jahreis besuchen, worauf Fischer erwiderte, er gehe regelmäßig in die Kirche nicht wegen der Pfarrer sondern wegen Gott. Die Angelegenheit schlief dann ein.

Trotz der Anzeige des Landeskirchenrats musste Dekan Jäger den Eindruck haben, die Kirchenleitung würde nicht voll hinter ihm stehen. Er stellte deshalb

seine Dekansfunktion zur Verfügung. In einer einmütigen Erklärung riet das Pfarrkapitel dem Landeskirchenrat, diesen Antrag abzulehnen. Nach einer persönlichen Aussprache mit Landesbischof Hans Meiser am 21.12.1938 und einer Sitzung des Pfarrkapitels im Beisein des zuständigen Kreisdekans am 16. Januar 1939 zog Jäger sein Gesuch um Enthebung von der Funktion als Dekan zurück.

Nach der Anzeige des evangelischen Landeskirchenrates folgte auch das bischöfliche Ordinariat Regensburg am 31.12.1938 diesem Schritt. Der zuständigen Oberstaatsanwaltschaft Hof war die Angelegenheit offensichtlich unangenehm. Sie übertrug sie deshalb an die Gestapostelle Nürnberg - Fürth. Dort wurden die Wunsiedler Geistliche einvernommen.

Schließlich wurde der Vorschlag gemacht, die Stadt Wunsiedel solle den Schaden ersetzen und ein Parteigericht würde die Bestrafung der Betroffenen vornehmen. Der Landeskirchenrat, dem sehr an einer Befriedung lag, war sogar damit einverstanden, ganz auf die Bestrafung der Betroffenen zu verzichten. Damit konnte sich Dekan Jäger verständlicherweise nicht einverstanden erklären. Die Erledigung der Angelegenheit verzögerte sich um weitere zwei Monate. Schließlich wurde im Amtszimmer des Wunsiedler Landrats eine einvernehmliche Erklärung des Bedauerns bezüglich der „Missverständnisse“ im Zusammenhang mit den Ereignissen des 9. Novembers formuliert. Die beiden Kirchen zogen daraufhin ihre Anzeigen zurück. Die Stadt Wunsiedel ersetzte den Sachschaden an den evangelischen Pfarrhäusern in Höhe von 94,25 Reichsmark.

Der Landfriedensbruch-Prozess 1948 in Hof

In den Spruchkammerverfahren nach dem 2. Weltkrieg tauchten die Ereignisse der Reichspogromnacht in Wunsiedel immer wieder auf. Deshalb wurde durch die Staatsanwaltschaft Hof die Angelegenheit wieder aufgerollt. Zuständig war die Große Strafkammer des Landgerichts Hof, da es sich um die Straftaten Landfriedensbruch, Freiheitsberaubung, gefährliche Körperverletzung, Amtsanmaßung, Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung handelte. Insgesamt wurde gegen 41 Personen Anklage erhoben.

Die 12 Hauptbeschuldigten befanden sich seit Frühjahr 1948 nach den jeweiligen Spruchkammerverfahren in Untersuchungshaft im Amtsgerichtsgefängnis in Wunsiedel, dort wohin neuneinhalb Jahre vorher die beiden jüdischen Mitbürger verbracht worden waren.

Das erste Verfahren gegen einen Teil der Angeschuldigte begann am 3. November 1948. Der lange Zeitraum seit der Tat, das Sich-nicht- mehr- erinnern- können oder –wollen verschiedener Zeugen, die zwischenzeitlich erlittenen Nachteile einzelner Angeklagter, aber auch der Wunsch, unter die Geschehnisse des Nationalsozialismus einen Schlussstrich zu ziehen, führten zu vergleichsweise milden Urteilen. Im ehemaligen Ortsgruppenleiter Wabel sah das Gericht den Hauptschuldigen und Veranlasser der Ausschreitungen. Er wurde mit einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr belegt. In der Höhe des Strafmaßes folgte ihm der ehemalige Lehrer Friedrich Würffel mit 11 Monaten Gefängnis.

Die größte Überraschung war der Freispruch des ehemaligen Wunsiedler Bürgermeisters Dr. Gottfried Drescher. Aufgrund der Zeugenaussagen und einer geschickten Verteidigung kam das Gericht zu der Überzeugung, Dr. Drescher habe durch seine Festnahme von Leonhard Herrmann diesen schützen wollen und seine verbalen Entgleisungen seien nur zur Tarnung erfolgt. Möglicherweise hat bei dieser Urteilsfindung auch der Umstand eine Rolle gespielt, dass Dr. Drescher bei Kriegsende sein Leben aufs Spiel setzte, indem er Wunsiedel nicht verteidigen ließ. Die Oberfränkische Volkszeitung titelte jedenfalls am 4. Dezember 1948: „Wunsiedler Pogrom bleibt ungesühnt“. Weiter, man könne sich nicht des Eindrucks erwehren, „dass diese Rechtsprechung einem Justizskandal gleicht, der sich würdig an die Seite der Spruchkammerurteile stellt, die das Rechtsempfinden des Volkes erheblich erschüttern.“

Die Revision zum Oberlandesgericht Bamberg brachte keine wesentliche Veränderung.

Schlussbetrachtung

Um die Ereignisse in Wunsiedel am 9. November 1938 gab es seit fast 70 Jahren eine Mauer des Schweigens, meist aus Rücksicht auf die beteiligten Täter oder ihre Angehörigen. Dabei waren doch 400 bis 600 Personen beteiligt, also bis zu

10 Prozent der Erwachsenen im damaligen Wunsiedel. Bei den Namen der Täter habe ich mich bewusst auf die unbedingt notwendigen Angaben begrenzt.

Als Quellen für diese Arbeit dienten vor allem die Gerichtsakten aber auch die 1990 erschienene Doktorarbeit von Alexander Seibold, „Kirchenkampf an der Basis in einem konfessionell gemischten Raum, Kirche und Nationalsozialismus im oberfränkischen Wunsiedel“ und zeitgenössische Zeitungsartikel.

Keiner von uns kann sagen, wie er sich damals verhalten hätte. „Wer ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein.“

Wir sind es den Opfern schuldig, heute ihrer zu gedenken. Ein dauerndes Gedenken könnte durch eine Erinnerungstafel in der Eingangshalle des Wunsiedler Rathauses geschaffen werden. Der Text könnte lauten:

„In der Reichspogromnacht am 9. November 1938 wurden hier nach Verhaftung und Misshandlung festgehalten

die jüdischen Mitbürger

Leopold Herrmann

Berthold Bamberger

und die Geistlichen

Dekan Adolf Jäger

Pfarrer Friedrich Jahreis

Geistl. Rat Joh. Baptist Stuber“

Lassen Sie mich schließen mit dem Lehrtext für den heutigen Tag. Er steht im 1. Brief des Apostels Paulus an die Korinther 16, 13 : „ Wachet, steht im Glauben, seid mutig und seid stark!“ Das galt vor 70 Jahren genauso wie es heute gilt.